

## Vorwort:

Im Februar waren viele Protestaktionen, vor Allem, europaweite Aktionen von den Bauern und dem Mittelstand, Proteste zu dem Gerichtsverfahren gegen Julian Assange, Demos gegen Rechts.

Die in 2024 anstehende Europawahl ist die letzte ohne Sperrklausel. Eine Sperrklausel von 2% ist nun ab 2029 Realität. Wir sehen, die Altparteien wollen unter sich bleiben. Es bleibt eine große Herausforderung für unsere Kandidaten ins Europäische Parlament zu kommen.

Also, 2024 wird ein entscheidendes Jahr, Packen wir's an und hören auf uns in Nebensächlichkeiten drängen zu lassen. **Altparteien abwählen!**

## Kommentar zu den Freitagsdemos in OWL

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke [gustav.wiesecke@diebasis.nrw](mailto:gustav.wiesecke@diebasis.nrw)

### Was ist hier los?

Ja, wo laufen sie denn? In der Neuen Westfälischen Zeitung war am 20.01.24 auf der Titelseite ein großer Bericht über "Demos gegen Rechts" die in mehreren OWL Städten stattfanden. Auf der NW-Internetseite findet man einen Link zu "Correctiv Enthüllungen" ([Link](#)). Auffällig ist das dort gezeigte Bild, das, wie bei Bildern aus Hamburg, dem geübten Auge doch seltsame Bildelemente zeigt. Und wieder sind bezahlte Claqueure die ihre eigenen Kollegen interviewen zu finden.

Es haben viele Menschen demonstriert, aber warum braucht man diese Inszenierung? Es stellt sich die weitere Frage, wie konnten derartige Demos organisiert werden?

Eine Analyse zeigt der freie Journalist Boris Reitschuster mit seinem Beitrag "Seltsamer Teilnehmerschwund bei „Demo gegen Rechts“ in Hamburg.

<https://reitschuster.de/post/seltsamer-teilnehmerschwund-bei-demo-gegen-rechts-in-hamburg/>

Schauen wir mal zurück, während der Lockdown-Maßnahmen wurden die "Black-Lives-Matter" Aufmärsche, aus dem nichts heraus, beobachtet. Wie sich damals schnell herausstellte, wurden in zahlreichen Verbänden und im öffentlichen Dienst die Menschen ermutigt zu diesen Veranstaltungen zu gehen. Erinnern wir uns mal an die Frage des Berliner Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG): „Sind die Abstandsregeln heute ausgesetzt, Herr Innensenator?

Warum sind diese Demos, jetzt und gleichgeschaltet, in vielen Städten gleichzeitig? Warum schauen wir nicht auf die provokativen Nato-Manöver an der Grenze zu Russland? Warum spricht man beispielsweise nicht über die aktuellen Demos der Bauern und Landwirte? Über die Demos der Logistik und des Mittelstandes? Über den Krieg im Gaza-Streifen? Den Konflikt um Taiwan? Warum protestieren die Gewerkschaften nicht gegen die geplanten Werkschließungen und Entlassungswellen bei den Großkonzernen? Gegen Kunstfleisch oder gegen Vertical-Farming? Über die fehlende Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen? Es gibt so viele Ereignisse die kritisch beobachtet werden müssen und die einer klaren Bewertung der Menschen, in unserer Republik, bedürfen. Nein, es wird abgelenkt und zu einem ideologischen Protest gegen Rechts, was immer damit gemeint ist, aufgerufen.

Boris Reitschuster hat mit dem Artikel "Das Ende der Demokratie, wie wir sie kannten... .. und warum es so viele nicht erkennen" dieses Phänomen beschrieben.

<https://reitschuster.de/post/das-ende-der-demokratie-wie-wir-sie-kannten/>

Was ist in Deutschland und in der EU los. Wann merken die Deutschen was hier abgeht, wie lange kann sich diese Politik der Altparteien noch halten?

2020, bei den "Black Lives Matter" Demos hatten die Menschen Angst, sie waren leicht steuerbar. Heute haben sie größtenteils ihre Angst überwunden und sind nicht mehr so leicht steuerbar. Auch zeigt sich nun ein wachsender Widerstand, sei es durch neue politische Parteien / Bewegungen oder durch die Proteste und die Nazi-Keule wirkt deutlich weniger, das System ist nervös und reagiert.

Siehe auch:

<https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/ampel-politik-proteste-gegen-mittelstand/>

<https://t.me/EvaHermanOffiziell/155531>

<https://apollo-news.net/demo-gegen-rechts-oerr-interviewt-eigene-schauspielerin/>

### Der Pandemievertrag oder "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing"

Ansprechpartner: Jochen König

presse.@diebasis.nrw

oder "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing".

Nach Corona soll es im Mai nun einen Vertrag geben, dass uns in Zukunft "noch besser" gegen Pandemien schützt. Aber wer schützt uns vor WHO und Politik?

Dazu der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel auf dem Weltgesundheitsgipfel, 25. Oktober 2021:

**"Ein Übereinkommen, eine Vereinbarung oder ein anderes internationales Instrument ist völkerrechtlich rechtsverbindlich.** Ein Übereinkommen zur Pandemieprävention -vorsorge und -reaktion unter dem Schirm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) würde es Ländern auf der ganzen Welt ermöglichen, ihre nationalen, regionalen und globalen Kapazitäten sowie ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Pandemien zu stärken.

Ein solches Instrument würde auch:

ein stärkeres, nachhaltiges und langfristiges politisches Engagement auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs der Welt gewährleisten:

- klare Verfahren und Aufgaben festlegen,
- langfristige öffentliche und private Unterstützung auf allen Ebenen ausweiten,
- die Integration von Gesundheitsfragen in allen relevanten Politikbereichen fördern.

Wir müssen ein Umfeld schaffen, in dem alle Wissenschaftstreibenden, im Gesundheitswesen tätigen Personen und Regierungen sich für ein gemeinsames Ziel zusammenschließen können, um neue Lösungen zu entwickeln, damit wir das schützen können, was am wertvollsten ist: unsere Gesundheit und unser Leben."

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>

Wie kann es aber einen **völkerrechtlich bindenden Vertrag mit einer Lobbyorganisation** geben? Schauen wir uns deren Finanzierung einmal an!



"Betrachtet man die Entwicklung des WHO-Budgets seit 1960 fällt auf, dass die regulären Mittel, basierend auf den Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten, seit Jahrzehnten stagnieren und nur dank freiwilliger Mittel ein deutlicher Anstieg des Budgets zu verzeichnen ist.

Nachdem im Laufe der 2000er-Jahre der Anteil der freiwilligen Mittel von rund 50 Prozent auf über 75 Prozent angestiegen war, führte die WHO eine neue Haushaltsführung ein, in der Pflicht- und freiwillige Beiträge zusammengeführt werden. Seit der Umstellung auf den „integrierten Haushalt“ im Jahr 2012 berücksichtigt die WHO damit die gestiegene Bedeutung der freiwilligen Beiträge bei ihrer Finanzplanung. Das bedeutet aber, dass die Fähigkeit der WHO, die im Haushalt beschriebenen Mittel auch einzusetzen, stark davon abhängt, dass auch tatsächlich genügend freiwillige Mittel für die unterschiedlichen Prioritäten zur Verfügung stehen."

<https://dgvn.de/finanzierung-der-un/wohin-fliessen-die-gelder/die-who-und-ihre-finanzierung>

Anmerkung des Verfassers: Das bedeutet aber auch, dass sich die WHO mit der dreiviertel-Finanzierung über Lobbykapital abgefunden hat und abhängig davon ist.

Eventuellem öffentlichem Misstrauen tritt nun der Faktencheck (Fuchs im Hühnerstall) entgegen.

**Behauptung:** Die WHO wolle in die Souveränität von Staaten eingreifen, schreiben mehrere Nutzer in den sozialen Medien.

**DW-Faktencheck:** Falsch

Der Pandemievertrag wird von den 194 Mitgliedstaaten ausgehandelt, die WHO bestimmt aber nicht den Inhalt eines neuen internationalen Übereinkommens. Im Textentwurf des Abkommens wird die Souveränität der Staaten hervorgehoben. Und auch das deutsche Gesundheitsministerium teilte auf Anfrage der DW mit, dass die "final ausgehandelten Regelungen von den souveränen Staaten jeweils ratifiziert werden, um national Rechtswirkung zu entfalten".

**Anm.: Wozu braucht es dann die WHO?**

"Im aktuellen Entwurf des Pandemievertrags oder -abkommens gibt es einen Grundsatz, der

unterstreicht, dass die Staaten ihre Souveränität bei der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion behalten", sagt der Völkerrechtsexperte Pedro Villarreal im Gespräch mit der DW. Der Jurist forscht zu Globalem Gesundheitsrecht und zur Rolle der WHO am Max-Planck-Institut für ausländisches und öffentliches Recht sowie für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Außerdem ist der Werkzeugkasten der WHO, um national einzugreifen, laut Villarreal stark eingeschränkt. Die WHO ist eine internationale Organisation und koordiniert federführend Reaktionen auf Ausbrüche von Infektionskrankheiten."

<https://www.dw.com/de/faktencheck-verschw%C3%B6rungsmythen-zum-pandemievertrag/a-65942005>

Aha! Und wegen der staatlichen Souveränität muss nun ein völkerrechtlich bindender Vertrag mit einer 75 prozentigen Lobbyorganisation geschlossen werden. Hier besteht die Gefahr (um nicht zu sagen hier ist geplant), dass Datentransfer und Maßnahmenkoordination eher im Sinne von Lobby- und Finanzinteressen, Totalüberwachung und Aushöhlung unseres Grundgesetzes genutzt werden als im Sinne der Bürger.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass bisher noch nicht einmal Corona mit allen verbundenen Eingriffen in das Bürgerrecht aufgearbeitet wurde. Dabei ist es wenig erstaunlich, dass man die 25%, die für die Einrichtung eines entsprechenden Untersuchungsausschusses bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag nicht zusammenbekommt. Offensichtlich herrschen jedoch große Befürchtungen, dass sich die etablierten Mehrheitsverhältnisse ändern könnten, deshalb werden Faschismus, Rassismus, Rechtsradikalität und Anti-Semitismus mit Konservatismus, Werte- und Querdenken sowie mangelnde Mainstream-Hörigkeit fröhlich in einen Topf geworfen, um mit Hilfe betreuten Demonstrierens eine Veränderung eben dieser Mehrheiten zu vermeiden, die für eine Aufarbeitung erforderlich sind.

Wird mit dem Pandemiegesetz auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen Europäischer Union und WHO nun ein Instrument geschaffen, dass jede Möglichkeit digitaler Kontrolle und lobbybasierten Handelns politisch legitimiert und damit jede Grundlage für die Aufarbeitung grundgesetzwidrigen Verhaltens verhindern kann?

Wie wollen wir uns als Basisdemokraten nun verhalten?

Hier gibt es alle Inhalte - leider nur auf Englisch

[https://healthpolicy-watch.news/wp-content/uploads/2023/10/advance-DRAFT\\_Negotiating-Text\\_INB-Bureau\\_16-Oct-2023.pdf](https://healthpolicy-watch.news/wp-content/uploads/2023/10/advance-DRAFT_Negotiating-Text_INB-Bureau_16-Oct-2023.pdf)

Der Verfasser befürchtet das folgende, simple Szenario:

1. BigPharma benötigt Geld.
2. Die WHO erklärt irgendein Virus zur Pandemie.
3. Regierungen, Konzernmedien und Lobbyverbände verbreiten unisono Panik.
4. Gesundheitsminister und Parlament beschließen Maßnahmen unter Missachtung demokratischer Rechte und Beugung des Grundgesetzes.
5. BigTec installiert ÜberwachungsApps und verdient gut daran.
6. BigPharma verkauft Spritzen und verdient auch prächtig.
7. Sobald alle genug verdient haben, werden Maßnahmen zurückgefahren.
8. Aufarbeitung wegen Pandemiegesetz nicht möglich.
9. BigPharma benötigt wieder Geld. (weiter ab Punkt 2)

Ist der Verfasser ein Schwurbler?

Dazu die Zahlen zur Pfizer-Studie:

Textaufgabe:

Placebo: 20.172 - 169 Infizierte = 0,838% in vier Monaten

Impfung: 19.965 - 9 Infizierte = 0,045% in vier Monaten

Anzahl der Todesfälle während der Studie unbekannt.

Von 40.137 Personen sind in 4 Monaten 178 erkrankt und die Allermeisten wieder gesundet!

Fragen:

- Wie kann man aus diesen Zahlen einen 95% Impfschutz errechnen?
- Wenn 40.137 Menschen in 4 Monaten erkranken und wieder gesund werden, wie lange dauert es dann, bis 84,6 Millionen Bürger unseres Landes ohne Impfung infiziert werden?

Weshalb waren die ganzen Corona-Maßnahmen nötig? siehe Punkt 1!

## EU Wahl 2024

Ansprechpartner: Jochen König

presse.@diebasis.nrw

### Politische Veränderungen von innen und von außen

Zum letzten Mal wird im Juni ohne Mindestquote gewählt. Das ist die große Chance für **dieBasis**, ihre Kandidaten ins EU-Parlament zu schicken. Unsere innerparteiliche Diskussion der Frage, ob es überhaupt Sinn macht, sich an der Wahl zu beteiligen, weil das bestehende System von einem Teil unserer Mitglieder nicht gestützt wird, ist nicht beendet. Der Verfasser plädiert dennoch dafür, unsere Kandidaten im Wahlkampf intensiv zu unterstützen.

Was wir im EU-Parlament erreichen wollen, das findet Ihr unter:

[https://diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2024/01/dieBasis\\_Entwurf-Wahlprogramm-fuer-die-EU-Wahl-2024-24-01-25.pdf](https://diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2024/01/dieBasis_Entwurf-Wahlprogramm-fuer-die-EU-Wahl-2024-24-01-25.pdf).

Was Abgeordnete dürfen gibt es hier:

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/19/das-europaische-parlament-befugnisse>

Schon während des Wahlkampfes werden wir uns verstärkt öffentlich positionieren und so weitere Mitglieder gewinnen. Durch die politische Arbeit unserer Abgeordneten erreichen wir ein schärferes Profil, und können nicht mehr so einfach "geframt" werden, wie bisher. Kurz gesagt. Die EU-Wahl ist ein wichtiges Puzzle für das Gesamtbild einer Europäischen Basisdemokratie und für das Wachsen unserer Partei.

Wahlkampf heißt Organisation, Standarbeit, Plakatieren usw. Nutzen wir also unsere Chance. Vernetzen wir uns mit allen Verbänden in der näheren Umgebung. Koordinieren wir Termine, Personal und Ressourcen, um effizient zu agieren. Vorstand und engagierte Mitglieder arbeiten schon daran.

Je mehr Basistas aufstehen und anpacken, desto erfolgreicher werden wir sein und obendrein mehr Spaß an der Sache haben. Solidarität fühlt sich nämlich gut an.

Wenn Ihr Fragen dazu habt: Besucht einfach unseren Stammtisch an jedem ersten Donnerstag im Monat. (Restaurant Kreta, Goldstraße), unsere Schwarmtreffen oder meldet Euch einfach beim Verfasser.

## Peta Kinderkarussell

Ansprechpartner: Jochen König

presse.@diebasis.nrw

### Spaß, ja gerne! Aber immer mit schlechtem Gewissen

Spaß, ja gerne! Aber immer mit schlechtem Gewissen.

Kinder frühzeitig prägen: Tierschützer wollen Karussellpferd abschaffen.

"Eisbär, Löwe oder Pferdchen: Um die besten Plätze gibt es meist Gerangel. Ein harmloses Kindervergnügen? Nein, sagen Tierschützer. Tierfiguren hätten in Karussells nichts verloren.

Die Tierschutzorganisation Peta hat das Verwenden von Tieren in Karussellen kritisiert. Und zwar auch, wenn sie nicht echt sind. Es sei ein Problem, dass Tiere zur Unterhaltung eingesetzt werden, sagte Peter Höffken, Fachreferent für Tiere in der Unterhaltungsbranche bei Peta in Deutschland." 11.02.2024 | 09:41|

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/karussell-tiere-tierschutz-peta-100.html>

Schauen wir uns Kinderkarussells einmal genauer an. Pferde und alle anderen Reittiere müssen weg, das ist klar. Aber wer kennt nicht die Feuerwehr, wo der kleine Feuerwehrmann fröhlich auf der Leiter liegend seine Runden dreht. Ist das Gendergerecht? Wie weit implizieren Omnibus und Polizeiautos -sogar noch heute- eher Männerdomänen? Bis das wirklich geklärt ist, müssen solche Karussells ganz verschwinden. Und überhaupt; in Zeiten von Klimakrise und Energieknappheit zeigt der Kauf des Chips für eine nutzlose Karussellfahrt unseren Kindern den Weg in eine völlig falsche Richtung.

Aber dem Verfasser gehen entsprechende Maßnahmen noch lange nicht weit genug. Wer denkt schon an die vielen aufblasbaren Gummitiere, die beim sommerlichen Bad einfach zum Vergnügen da sein sollen? Brutal und manchmal viel zu stramm aufgepumpt werden nicht nur Enten, Schwäne und Fische von vergnügungssüchtigen Kindern und deren hirnlosen Eltern als Objekte gedankenlosen Freizeitspaßes ausgenutzt. Sogar Einhörner, die nun gar nichts mit Wasser zu tun haben, werden ebenso fröhlich wie gewissenlos für plumpe Badefreuden missbraucht.

Der verantwortungsbewusste Bürger muss hier handeln, um ignoranten Eltern, skrupellosen Schaustellern und der profitgierigen Gummitierindustrie endlich das Handwerk zu legen!

## Die Änderung des Klimas ist das Normale

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke

gustav.wiesecke@diebasis.nrw

### Ein Beitrag von Dr. Jürgen Wächter

Seit Entstehung unserer Erde ändert sich das Klima kontinuierlich. Betrachten wir z. B. die letzte Million Jahre, so sehen wir eine Abfolge von langen, etwa 100.000 Jahre währenden Eiszeiten, die von Warmzeiten von etwa 15.000 Jahren unterbrochen werden. Ursächlich für diese Schwankungen der Temperatur sind Änderungen im Bahnverlauf der Erde um die Sonne, der Neigung der Erdachse und der Präzision der Erdrotationsachse. Je nach dem Grad dieser Schwankungen ändert sich periodisch die Temperatur auf der Erde, was nach ihrem Entdecker als Milancović-Zyklen bezeichnet wird. Die letzte Eiszeit endete vor etwa 12.000 Jahren. Heute leben wir in einer Warmzeit, die ihren Temperaturhöhepunkt vor etwa 3.500 Jahren in der Bronzezeit hatte. Seitdem wird es wieder kälter.

Die Abkühlung der Erde hin zur nächsten Eiszeit geschieht nicht linear, sondern auch hierbei gibt es Schwankungen. So gab es sich über mehrere Jahrhunderte erstreckende wärmere

Phasen, die mit kulturellem Aufstieg und einer guten Ernährungslage der Menschen einhergingen. So etwa in der Antike mit der Hochblüte der Mittelmeerkulturen, dem Hochmittelalter in dem die Wikinger z. B. Grönland besiedelten und in der frühen Neuzeit mit der Blüte der Renaissance.

Kältere Phasen waren mit Niedergang oder mit Not verbunden, etwa in der frühen Eisenzeit und im Früh- und im Spätmittelalter mit seinen Pestepidemien. Besonders nach 1600 kühlte es zunehmend ab, so dass die Zeit bis 1850 „Kleine Eiszeit“ genannt wird. Damals waren die Winter extrem kalt, wie wir das auf niederländischen Gemälden mit zugefrorenen Grachten sehen können. Für die Landwirtschaft war es eine schwierige Situation und Hungersnöte und Kriege die Regel. Millionen Menschen verließen ihre westeuropäische Heimat und wanderten nach Russland, dem Balkan und Nordamerika aus. Seit 1850 gehen wir nun wieder in eine wärmere Phase über.

Innerhalb der kälteren und wärmeren Phasen gibt es einzelne Jahre mit katastrophalen Temperatureinbrüchen, die von vulkanischer Asche ausgelöst werden. Am fürchterlichsten war der Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora. Die ausgestoßene Staubmenge war so gewaltig, dass sie noch in Europa die Sonne verdunkelte, es im Juli 1816 schneite und die Ernten fast völlig ausfielen. In diesem „Jahr ohne Sommer“ hungerten die Menschen europaweit. Andere große Vulkanausbrüche gab es 1788 und 1848, was in beiden Fällen Mitursachen für den Ausbruch der Revolutionen in Frankreich war.

Wir sehen also, dass Änderungen des Klimas etwas ganz Natürliches sind. Doch was ist mit dem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), das ja oft als Schuldiger hingestellt wird? Macht man Versuche in Treibhäusern führt dessen Steigerung zu leichter Temperaturerhöhung. Im Weltmaßstab scheint das jedoch anders zu sein. Kohlendioxid hat in unserer Luft lediglich einen Volumenanteil von 0,04 %. Anhand von Eisbohrkernen haben Wissenschaftler festgestellt, dass in der Vergangenheit immer erst die Temperatur stieg und sich danach der Kohlendioxid -Wert erhöhte. Kohlendioxid ist also nicht Ursache, sondern Folge von Temperaturerhöhungen, was mit Gasaustausch mit den Ozeanen zu tun hat. Der heutige leichte Anstieg von Kohlendioxid passt damit genau zur natürlichen Temperaturerhöhung seit 1850. Kohlendioxid ist zudem der wichtigste Nährstoff für Pflanzen und Voraussetzung für die Bildung von Sauerstoff. Eine Erhöhung des Kohlendioxids sowie Wärme führen somit auch zu größerem Pflanzenwachstum.

Den Eintrag von Schadstoffen in die Luft sollten wir verringern, um gesundheitliche Folgen für Menschen und Tiere zu minimieren. Doch in eine Klimapanik müssen wir nicht verfallen. Ganz im Gegenteil. Insgesamt können wir dem natürlichen Temperaturanstieg ruhig entgegensehen. Und damit sind auch politische Schnellschüsse wie Verbote von Heizungen, Fahrradautobahnen oder der Wechsel auf Elektroautos völlig überflüssig. Statt Klimapanik zu schüren, freuen wir uns doch lieber, dass wir im Winter weniger heizen müssen, die landwirtschaftlichen Ernten steigen werden und uns bis zur nächsten Eiszeit noch zwei oder drei Jahrtausende Zeit bleiben.

### Wahnsinn zum Quadrat

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke [gustav.wiesecke@diebasis.nrw](mailto:gustav.wiesecke@diebasis.nrw)

### Ein Kommentar von Andreas Otte

Inspiriert in Teilen von und mit Anleihen aus:

<https://reitschuster.de/post/faeser-immer-radikaler-die-kriminalisierung-der-opposition/>.

Zitate und Wordverwendungen aus dem Reitschuster-Beitrag sind kursiv dargestellt.

Wir leben aktuell in einem orwellschen Zeitalter. Das „Neusprech“ ist ganz analog zum Roman 1984 bereits etabliert. Ein „Demokratiefördergesetz“, wie von Faeser (SPD) und Paus (Grüne) vorgelegt und vehement gefordert, fördert alles andere, nur nicht die Demokratie. Im Gegenteil, diese wird zerstört. Das „Medienfreiheitsgesetz“ fördert nicht die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien, im Gegenteil, es kontrolliert und vernichtet freie Medien. Das „Hinweisgeberschutzgesetz“ schützt nicht etwa Whistleblower, es generiert eine Infrastruktur für Denunziation. Das Grundgesetz (quasi unsere Verfassung) soll den Bürger vor einem übergriffigen Staat schützen. Der Verfassungsschutz soll sicherstellen, dass die Verfassung nicht gefährdet wird (das wäre seine ursprüngliche Aufgabe), stattdessen schützt er inzwischen den Staat vor der Verfassung und den Bürgern, ist also zu einem „Ministerium für Staatssicherheit“ (Stasi) mutiert. Die Liste lässt sich nahezu endlos fortsetzen. Die Einführung des „e-Euro“ komplementiert nicht etwa das Bargeld, sondern soll es gezielt ersetzen, denn Bargeld ist Freiheit und die soll verschwinden. Als programmierbare CBDC erlaubt und unterstützt der e-Euro all die Dinge, die man beteuert, nicht tun zu wollen. Damit hat man dann die Möglichkeit, Menschen mit unliebsamen Ansichten buchstäblich abzuschalten – und man wird es tun, wenn es die Möglichkeit gibt, das war schon immer so. Und die Gewaltenteilung? Die gibt es heute nicht mehr. Das Parteiensystem hat alles durchdrungen und gleichgeschaltet.

Viele Begriffe haben sich im „Neusprech“ in ihr Gegenteil verkehrt. Und das gilt auch für den Begriff „Demokratie“. Unter „Demokratie“ verstehen die Initiatoren des sogenannten „Kampfes gegen rechts“ nicht etwa das, was das Demokratieverständnis der alten BRD war (z.B. freie Wahlen, Meinungsvielfalt und -freiheit, offener Diskurs, Gewaltenteilung), es entspricht wohl eher dem Demokratieverständnis der DDR. *Der „Kampf gegen rechts“ ist eine Erfindung von KGB und Stasi zur Machtsicherung der Linksextremen. Ein Macht-Mechanismus, den Angela Merkel überaus erfolgreich in die Bundesrepublik importiert hat.*

Und genau hier sind meiner Meinung nach auch die tatsächlichen Strippenzieher im Hintergrund solcher „Demonstrationen gegen Rechts“ zu suchen. Geschickt wird das unterschiedliche Verständnis des Begriffes „Demokratie“ ausgenutzt, um Menschen für etwas zu mobilisieren, dem sie beim genaueren Hinsehen – wieder meiner Meinung nach – niemals zustimmen würden. *Besonders absurd, aber auch typisch, wie ein Blick in die Geschichte zeigt, ist es, dass all diese anti-demokratischen Maßnahmen unter dem Deckmantel der „Demokratie-Förderung“ erfolgen.* Mich erinnern diese organisierten Aufmärsche an die letzten Zuckungen des DDR-Regimes im Dezember 89 / Januar 90, als ein letztes Mal versucht wurde, die noch systemtreuen Mitläufer/Mittäter für den „Kampf“ wegen angeblicher Nazi-Schmierereien zu aktivieren.

*Damals wie heute war dieser „Kampf“ übrigens ein Futtertrog für staatlich alimentierte „Kämpfer“. Früher hauptsächlich in den Sicherheitsorganen, heute mehrheitlich bei den als „Nicht-Regierungsorganisationen“ getarnten Vorfeldorganisationen der Regierung. „Correctiv“, „Antonio Amadeo-Stiftung“, und wie sie alle heißen. Eine Art Stasi im Outsourcing. Es geht um eine große Gleichtaktung der Gesellschaft. Was in der DDR, auch wegen des West-Fernsehens, scheiterte, soll jetzt Wirklichkeit werden. Wer nicht das nötige „Klassenbewusstsein“ an den Tag legt, soll terrorisiert werden. Von der Schule bis ins Altenheim. Rund um die Uhr hat der „Staatsbürger“ die richtige „Haltung“ demonstrativ zu zeigen!\_Wir leben inzwischen in einer „DDR 2.0“. Danke Angie!*

*Was ist der Mechanismus hinter all dem, damals in der DDR, wie auch heute? Um vom eigenen Politikversagen abzulenken, vom Scheitern der eigenen Ideologie, werden diejenigen bekämpft, die auf dieses Scheitern aufmerksam machen\_und bei der nächsten Wahl die Macht gefährden könnten. Als „demokratisch“ gilt nur noch, was der eigenen Ideologie entspricht. Wer den*



linksextremen *Demokratiefeinden, die unsere Republik übernommen haben, widerspricht, wird von diesen sofort zum Demokratiefeind erklärt.* Wer ganz links außen steht, für den ist alles rechts – auch die Mitte der Gesellschaft. Liberale und Christdemokraten/-soziale machen leider munter mit bei diesem Spiel, sie haben sich in die Blockparteien der alten DDR verwandelt. Über die Linke als Rechtsnachfolger der SED muss man nicht weiter reden.

*Dabei setzt das System auch auf moderne Technik – der Denunziant von heute kann sein schmutziges Werk dank „Meldestellen“ und Internet direkt vom Sofa aus verrichten.* Hierzu passt aktuell die Gründung eines Vereins von Grünen Polizisten, mit seiner Anschrift beheimatet in der Parteizentrale der Grünen Partei. Wir dürfen gespannt sein, wann die Privatpolizei der Grünen erstmals ausschwärmt, um „Demokratiefeinde“ zu verhaften. Wer jetzt an dunkelste Zeiten in Deutschland denkt – so wie ich, der liegt wohl nicht weit daneben.

Der Bürger, der ausschließlich den staatlichen Propagandasendern (ÖRR und weite Teile der Privatsender) lauscht, hat nicht gemerkt, was passiert ist, er schläft weiter. Der schlafende Bürger hat das „Neusprech“ noch nicht dekodiert. Er hat noch nicht begriffen, dass Deutschland in den letzten Jahren auf dem Weg zu einem totalitären und faschistischen Staat einen großen Schritt vorangekommen ist. Die hierfür Verantwortlichen geben sich dabei als Antifaschisten (Achtung: „Neusprech“) aus und dirigieren ihre gewalttätigen, faschistischen Hilfstruppen (genannt „Antifa“) gegen die Menschen in Deutschland, die sie als Faschisten erkannt haben.

Wie erkennt man Faschismus? Wenn Medien vom Staat kontrolliert und dirigiert werden, wenn man Parteien verbieten will, wenn Kinder von frühester Jugend an indoktriniert werden, wenn abweichende Meinungen unterdrückt werden, wenn die Bevölkerung gespalten und Meldestellen zur Denunziation eingerichtet werden, wenn Andersdenkende verraten und Bürger diffamiert werden, dann ist der Faschismus da. Faschismus ist Gleichschaltung. Alles das ist in den letzten Jahren passiert. So ging es auch 1933 los und so war es auch Methode in der DDR, die meiner Ansicht nach ein faschistischer Staat war.

Wenn wir es also nun in der Regierung mit Linksfaschisten zu tun haben, was ist denn dann noch der Unterschied zum Rechtsfaschismus? Oder anders gefragt: Was ist denn eigentlich nun überhaupt noch der Unterschied zwischen politisch links und politisch rechts? Wenn ich mir unsere kriegslüsterne, fast schon kriegsgeile, Regierung so anschauere, dann ist die Zugehörigkeit oder die Nähe zur Friedensbewegung kein Unterscheidungskriterium mehr zwischen links und rechts, dann bleibt eigentlich nur noch der Bezug zur Nation übrig. Der beginnt ganz links außen mit „nicht vorhanden“ und endet im rechts außen mit „stark vorhanden“, das ist es dann aber auch. Alles andere ist im Links- wie Rechtsfaschismus identisch.

Es beunruhigt mich zutiefst, dass es heute offenbar viele Menschen in Deutschland gibt, die mit Faschisten egal welcher Ausrichtung paktieren können. Bestenfalls ist es schlicht Unwissenheit darüber, was dahinter steckt, aber das entschuldigt es nicht.

Henryk M. Broder sagte einmal: „Wenn ihr euch fragt, wie das damals passieren konnte: weil sie damals so waren, wie ihr heute seid“. Wie wahr. Es ist frustrierend zu sehen, wie sich Geschichte wiederholt und dabei deutlich erkennen zu müssen, dass der typisch deutsche Michel nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt hat.

Was soll schon schlimmes passieren? Wir leben schließlich im besten Deutschland aller Zeiten.

Siehe auch Artikel „Nancy Faeser und das Schattenkabinett“ in der „dieBasis Aktuell Januar 2023“. [Link](#)

## Schwarmtreffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen und Freunde mit. Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 16.03.2024 ab 16:00 Uhr statt. Der Ort wird auf der Homepage bekannt gegeben. Besucht auch das regelmäßige Stammtischtreffen im Restaurant Kreta, nächster Termin 04.04.2024 ab 19:00 Uhr. Besucht auch die Veranstaltungen die von Mitgliedern organisiert werden.

Alle Termine sind auf unserer Homepage <https://bielefeld.diebasis.nrw/> zu finden. Weitere Informationen findet ihr auf: <https://nrw.diebasis.nrw/news/>.

 **dieBasis** Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König  
Schriftführer Gustav Wiesecke